

Kleine Anfrage

des Abg. Werner Raab CDU

und

Antwort

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren**

**Soziale Inklusion durch Beteiligung
der Schwerbehindertenvertretungen**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden gibt es in Baden-Württemberg?
2. Wie hoch ist der Anteil von Menschen mit psychischen Erkrankungen, die neu und in den letzten fünf Jahren, unter Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen, in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen aufgenommen wurden?
3. Wie viele Integrationsbetriebe gibt es auf Landesebene und wie sieht ihre finanzielle Absicherung aus (mit Angabe, ob sich ihre Zahl im Vergleich zu 2010 erhöht hat)?
4. Wie hoch sind die Einnahmen und Ausgaben aus der Ausgleichsabgabe und wofür werden die Mittel eingesetzt?
5. Wie schlägt sich das Ergebnis der Einkommens- und Vermögensprüfung bei Leistungen der Eingliederungshilfe in der Gesamtfinanzierung nieder und wie hoch ist ihr Anteil?

05. 12. 2014

Raab CDU

Begründung

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist das zentrale Element der sozialen Inklusion. Die Integration von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt muss aktiv begleitet werden, um die Beschäftigungssituation nachhaltig zu verbessern. Hierzu gehört auch die Anerkennung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der Schwerbehindertenvertretungen.

Antwort

Mit Schreiben vom 29. Dezember 2014 Nr. 3-0141.5/47 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Schwerbehindertenvertretungen in Betrieben und Behörden gibt es in Baden-Württemberg?

Nach Mitteilung des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS) sind beim dortigen Integrationsamt 2.429 Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Beschäftigten und 2.258 stellvertretende Mitglieder der Vertrauensperson in insgesamt 10.210 Betrieben und Dienststellen im Land Baden-Württemberg gemeldet und erfasst. Die tatsächliche Zahl der gewählten Schwerbehindertenvertretungen ist etwas höher.

Dies liegt daran, dass noch nicht alle Betriebe und Dienststellen die Ergebnisse der Wahl der Schwerbehindertenvertretung 2014 dem KVJS-Integrationsamt mitgeteilt haben bzw. diese Ergebnisse noch nicht vollständig vom KVJS-Integrationsamt erfasst wurden.

2. Wie hoch ist der Anteil von Menschen mit psychischen Erkrankungen, die neu und in den letzten fünf Jahren, unter Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen, in betreute Werkstätten für Menschen mit Behinderungen aufgenommen wurden?

Schwerbehindertenvertretungen werden bei Arbeitgebern des allgemeinen Arbeitsmarktes gewählt. Sie wirken bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) nicht mit. Aus der jährlichen Datenerhebung des KVJS bei den Stadt- und Landkreisen ergibt sich, dass der Anteil psychisch kranker Menschen in WfbM seit Jahren steigt. Er betrug Ende des Jahres 2005 noch 20,1 %, Ende 2009 bereits 23,3 % und ist bis Ende 2013 auf 25,6 % der Beschäftigtenzahl angestiegen.

3. Wie viele Integrationsbetriebe gibt es auf Landesebene und wie sieht ihre finanzielle Absicherung aus (mit Angabe, ob sich ihre Zahl im Vergleich zu 2010 erhöht hat)?

Nach Mitteilung des KVJS-Integrationsamts haben sich sowohl die Anzahl der Integrationsunternehmen, die Zahl ihrer Beschäftigten sowie ihre finanzielle Ausstattung im Vergleich zu 2010 erhöht. Zum Stichtag 31. Dezember 2010 gab es in Baden-Württemberg 61 Integrationsunternehmen mit 1.829 beschäftigten Personen, von denen 970 Menschen mit Schwerbehinderung sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse hatten. Nach Einschätzung des KVJS-Integrationsamts zählten 685 Menschen mit Schwerbehinderung zu dem Personenkreis, der ohne Integrationsunternehmen kaum eine Beschäftigung am allgemeinen Arbeitsmarkt gefunden hätte. Im Jahr 2010 erhielten die Integrationsunternehmen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe 4,9 Mio. € davon 4,1 Mio. € für laufende Leistungen in Form von sog. Nachteilsausgleichen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 gab es in Baden-Württemberg 75 Integrationsunternehmen mit 2.846 beschäftigten Personen, von denen 1.276 Menschen mit Schwerbehinderung sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse hatten. Nach Einschätzung des KVJS-Integrationsamts zählten 1.083 Menschen mit Schwerbehinderung zu dem Personenkreis, der ohne Integrationsunternehmen kaum eine Beschäftigung am allgemeinen Arbeitsmarkt gefunden hätte. Im Jahr 2013 erhielten die Integrationsunternehmen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe 7,2 Mio. € davon 5,6 Mio. € für laufende Leistungen in Form von sog. Nachteilsausgleichen.

4. Wie hoch sind die Einnahmen und Ausgaben aus der Ausgleichsabgabe und wofür werden die Mittel eingesetzt?

Das Aufkommen der Ausgleichsabgabe betrug nach Mitteilung des KVJS-Integrationsamts zum Stand 30. November 2014 insgesamt 73,879 Mio. €. Die Ausgaben jeweils zum Stand 30. November 2014 belaufen sich auf insgesamt 73,746 Mio. € und verteilen sich auf nachstehende Positionen:

- a) Es mussten 14,218 Mio. € an den Ausgleichsfonds abgeführt werden.
- b) Für den Ausgleich unter den Integrationsämtern wurden 1,122 Mio. € abgeführt.
- c) Für Leistungen an Arbeitgeber zur Einrichtung und Ausstattung für Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen sowie für die Abgeltung außergewöhnlicher Belastungen im Zusammenhang mit der Beschäftigung Schwerbehinderter sind 18,890 Mio. € zur Auszahlung gekommen.
- d) Für die Arbeitsmarktprogramme (Aktion 1000+, Arbeit und Ausbildung inklusiv, ergänzende Lohnkostenzuschüsse) wurden Leistungen in Höhe von 7,981 Mio. € ausbezahlt.
- e) Für Leistungen an schwerbehinderte Menschen wurden 3,826 Mio. € ausbezahlt.
- f) Für Integrationsunternehmen sind 8,007 Mio. € ausbezahlt worden.
- g) Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelung des Nachrangs sind Investitionsmittel in Höhe von 6,446 Mio. € ausbezahlt worden.
- h) Für ein flächendeckendes und leistungsfähiges Netz an Integrationsfachdiensten wurden 12,473 Mio. € ausbezahlt.
- i) Für Modellvorhaben sowie für die Schulungs- und Öffentlichkeitsarbeit sind bis 30. November 2014 insgesamt 0,779 Mio. € aufgewendet worden.

5. Wie schlägt sich das Ergebnis der Einkommens- und Vermögensprüfung bei Leistungen der Eingliederungshilfe in der Gesamtfinanzierung nieder und wie hoch ist ihr Anteil?

In der jährlichen Erhebung des KVJS zu Leistungen der Eingliederungshilfe werden Einnahmen nicht gesondert abgefragt. Erfahrungsgemäß besteht ein Großteil der Ersätze aus Renteneinnahmen, der restliche Teil aus anderen vorrangigen Leistungen. Aktuelle Rückschlüsse dazu lassen sich aus dem im Auftrag des BMAS erstellten Bericht der Firma con_sens GmbH „Verbesserung der Datengrundlage zur strukturellen Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“ vom August 2014 (Seite 101) ziehen; vgl. <http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/a127-verbesserung-datengrundlage-eingliederungshilfe-menschen-mit-behinderung.html>. Danach betrugen die Einnahmen in der Eingliederungshilfe im Jahr 2012 bundesweit 1.509.416.177 €. Davon belaufen sich die Einnahmen aus Einkommen der Menschen mit Behinderungen und ihrer unterhaltspflichtigen Angehörigen auf 949.933.952 €, wobei hierin Renteneinnahmen von 789.498.460 € enthalten sind. Zum Vergleich betragen die Brutto-Aufwendungen 2012 im Bundesgebiet 15,1 Mrd. €.

Zu einem Einsatz des Vermögens kommt es in der Regel nicht, da dieses durch laufende Kosten für das Wohnen aufgebraucht wird. Für Leistungen der Eingliederungshilfe in WfbM wird aufgrund von § 92 Abs. 2 SGB XII, abgesehen von der häuslichen Ersparnis z.B. für das Mittagessen, kein Einkommens- und Vermögenseinsatz verlangt.

In Vertretung

Lämmle

Ministerialdirektor